

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden. Bezugs- und Anzeigen-Preise. In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auslieferung, durch die Post bei täglich zweimaliger Verlang monatlich 7,75 M., vierteljährlich 21,25 M. Die einpolige 37 mm breite Seite 2,50 M. Auf Familienansagen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 10polige An- u. Verträge 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Zusätzl. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis 6. Vorabendblätter 20 Pf.

Bezugs- und Anzeigen-Preise. In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auslieferung, durch die Post bei täglich zweimaliger Verlang monatlich 7,75 M., vierteljährlich 21,25 M. Die einpolige 37 mm breite Seite 2,50 M. Auf Familienansagen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsanzeigen, 10polige An- u. Verträge 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Zusätzl. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis 6. Vorabendblätter 20 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Leopold & Neuberger in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wer fährt und expedit Reisegepäck und Expressgut von und nach den Personen-Bahnhöfen Dresdens? — besorgt Fahrkarten zu allen Zügen? — besorgt dem reisenden Publikum Autos? **Expres- und Gepäckfahrt**

Amtliche Wer versichert von Haus zu Haus zu vortheilhaftesten Bedingungen? — übernimmt am Hauptbahnhof und Neustädter Bahnhof Einstellung von Fahrrädern und Gepäckstücken? — erledigt alles prompt und zuverlässig?

Dresden-A., Hauptbahnhof — Fernruf 18323, 19884 **G. m. b. H.** **Dresden-N., im Personen-Bahnhof — Fernruf (18323)**
Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 11 Uhr nachts. Sonntags: 7 Uhr früh bis 1 Uhr mittags. Geschäftszeit: 7 Uhr früh bis 5 Uhr abends. Sonntags: 7 Uhr früh bis 12 Uhr mittags

Englands Sorge um die Januar-Rate.

John Bradburns Ratschläge im Kabinett.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 29. Nov. Die „Daily Mail“ macht heute morgen folgende bemerkenswerte Mitteilungen, die ihr aus gut informierter Quelle zuekommen sind. Die schlechte Lage der deutschen Finanzen und der jüngste Besuch von Hugo Stinnes in London haben die Aufmerksamkeit der englischen Regierung auf die am 15. Januar fällige Rate der deutschen Reparationszahlungen gelenkt. Deutschland hat an diesem Tage 25 Millionen Pfund Sterling zu zahlen. Die Gesamtsumme der deutschen Reparationszahlungen beträgt 6500 Millionen Pfund, wovon England 25 Prozent erhält. Der Sturz der deutschen Mark ist auf den englischen Handel eine zerstörende Wirkung aus und speert den deutschen Markt für englische Güter vollkommen. Nach dem jüngsten Besuche der Reparationskommission in Deutschland hat das englische Kabinett Sir John Bradburn eine Gegenklärung ausgearbeitet, die von dem englischen Kabinett demnächst erörtert werden wird. Es wäre jedoch verfehlt, schon zu sagen, daß das Ergebnis dieses Studiums ein von der englischen Regierung auf ein bis zwei Jahre gewähltes Moratorium sein werde. Wenn dies der Fall wäre, so geschähe es nur, um eine rasche Wiederannähme des englischen Handels mit Deutschland zu ermöglichen. So wie die Angelegenheit jetzt liegt, hält John Bradburn die Reparationen damit, daß es keine Banknotendrücke immer wieder in Bewegung setzt, was ein immer weiteres Sinken der Mark zur Folge hat. Es wird deshalb eine Bedingung für ein etwaiges Zugeständnis der Alliierten sein, daß die deutsche Regierung den Banknotendruck einstelle. Außerdem wird später eine höhere Besteuerung der deutschen Industrie vorgeschlagen werden müssen. Es wäre verfehlt, eine Mitteilung über die Haltung der französischen Regierung machen zu wollen; doch kann es nicht der Fall sein, daß die Schwierigkeiten der deutschen Lage den Franzosen entgangen wären und daß diejenigen, die den wirklichen Ernst der Lage in Deutschland kühler haben, einer solchen Vereinbarung nicht zustimmen werden. Deutschland werde übrigens mit den Zahlungen in Natura fortzufahren haben, denn die Zahlungen würden ihm nicht erlassen werden, sondern es würde nur einen Zahlungsaufschub erhalten.

Das Projekt einer englisch-deutschen Entente

(Eigene Information der „Dresdner Nachrichten“.)
London, 29. Nov. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Herald“ erklärt, daß das Projekt einer englisch-deutschen Entente im englischen und deutschen Auswärtigen Amte zitiert werde. Wenn sich auch Deutschland durch eine große Missionsanstrengung die für die Januarzahlung notwendigen Gelder besorgen könnte, so könnte man nur noch mit einem Moratorium rechnen. Belgien zu beschreiben, dürfte nicht schwer fallen. Anders liegt es mit Frankreich, um das man sich in Downing Street nicht viel kümmere. Frankreich werde sich mit dem Wiesbadener Abkommen begnügen müssen und es würde ihm mitgeteilt werden, daß England keinesfalls neue Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland unterstützen würde. Wenn die Großbritanniern in der obersten Frage Deutschland unterstützen, werde es dies jetzt in der Reparationsfrage tun. Wenn Frankreich sich weigere, das Moratorium anzunehmen, werde Deutschland von England ermutigt werden, seine Zahlungsunfähigkeit zu erklären.

Der Ausgleich für Ungarn.

(Eigene Information der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 29. Nov. Der diplomatische Mitarbeiter des „L'Asiaticum“ stellt in einem Artikel, den er dem Besuch Hugo Stinnes' in London widmet, die Behauptung auf, daß England an einer Revision des Versailler Vertrages arbeite. Wenn und wie die Revision erfolgen werde, stehe noch nicht fest. Auf der einen Seite nimmt man an, daß diese Angelegenheit noch etwa zwei Wochen in Washington zur Erörterung gestellt werde. Zum anderen Teile macht man die Aufnahme solcher Verhandlungen von der Erfüllung der Januar-Verpflichtungen durch Deutschland abhängig. Der Grundgedanke des englischen Planes sei die Revision des Teiles 8 des Versailler Vertrages, der die Reparationsbestimmungen enthält. Es sei beinahe sicher, daß Deutschland eine wesentliche Ermäßigung seiner Verpflichtungen erreichen werde. London, so heißt es zum Schluß, habe in Berlin einen Ausgleich für den französischen Erfolg in Ungarn gesucht. Es führt sich im Orient verlassen und infolgedessen das Recht zu haben, seinen Sympathien im Orient freien Lauf lassen zu dürfen.

Auf dem Wege nach Mexiko!

Paris, 29. Nov. Nach einer Meldung aus Mexiko ist das Kriegsschiff „Concord“ gestern nachmittags nach Mexiko abgedampft. (S. I. B.)

Trüchle Schandenfreunde der Franzosen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 29. November. Der „Temps“ glaubt heute feststellen zu können, daß Herr Stinnes mit seinem Besuch in London weder in den politischen noch in den finanziellen Kreisen sein Ziel erreicht habe. Die englischen Banken hätten ihm zu verstehen gegeben, daß angesichts der wirtschaftlichen Lage der gegenwärtigen Zeitpunkt sich nicht

gewählt sei, um für Deutschland eine Auslandsanleihe zu erhalten. Ob und inwieweit die Information des „Temps“ zutrifft, entzieht sich unserer Kenntnis. Sondern nur ist nur daß der „Temps“, der doch genau weiß, daß die Anleihe, die Deutschland auszunehmen sucht, in erster Linie für die Befriedigung der am 15. Januar und 15. Februar fälligen Summen bestimmt ist, eine gewisse Schadenfreude über den von ihm behaupteten Mißerfolg der Stinnesischen Verhandlungen nicht zu unterdrücken vermag. Es gibt allerdings in Frankreich Leute, die es lieber sehen würden, wenn Deutschland mit seinen Verpflichtungen in Bezug Höhe und dadurch einen Anlaß zu neuen Sanktionen böte. In diesen scheint auch der „Temps“ zu gehören. Als Paraphrase für die Kompromisse dieser Klasse man erwähnt sein, daß sie heute die Wirtschaftslage Deutschlands als schwer prekär und eine neue Krise als unmittelbar bevorstehend bezeichnen, während es sich für die bisher hauptsächlich darum handelte, Deutschland Schwierigkeiten als die Folge eines beträchtlichen Bankrotts hinzustellen und zu beweisen, daß Deutschland vollkommen in der Lage sei, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Der private Reisefang nach London.

Berlin, 29. Nov. Zur Meldung der „Vormittag Post“, daß Dr. Mathieu und Dr. Simons in London eingetroffen seien, erklärt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß es sich nicht um den früheren Minister des Reiches Dr. Simons handelt, sondern um einen Mitarbeiter Dr. Mathieus, den Oberleutnant Dr. Simons. — Wie das Blatt weiter meldet, ist die Reise des früheren Reichsaussenministers nach London in privater Angelegenheit erfolgt.

Der französisch-italienische Zwischenfall.

Rom, 29. Nov. In seiner Erklärung vor der Kammer, die die herabsetzenden Beziehungen zwischen der italienischen Armee und Gegenstände habe, teilte der Außenminister Della Torretta mit, daß die Verbreitung unkontrollierbarer Nachrichten unabhängig anfangs die internationale Lage Italiens schwer zu schädigen. Eine Reihe Zeitungen hätten über den angeblichen Zwischenfall in Washington abstoßende falsche Darstellungen veröffentlicht. Es sei in hohem Maße schmerzhaft, daß die ungenügenden Beziehungen zwischen den beiden Nationen, die durch Bande der Freundschaft und gemeinsame Interessen verbunden seien, durch die Verbreitung unkontrollierbarer Nachrichten schwer erschüttert würden.

Italien entschuldigt sich in Paris.

Paris, 29. Nov. Ein offizieller Havas-Bericht teilt mit, daß der italienische Ministerpräsident Boncompagni den italienischen Postminister Bonin-Bongare empfing. Bei diesem Besuch wurden die von der italienischen Presse aus Washington verbreiteten angeblichen Anschuldigungen über die italienische Armee besprochen, sowie die Zwischenfälle in Turin, die eine Folge der Brand in den Mund gelegten Anschuldigungen waren. Ohne erst Instruktionen seiner Regierung abzuwarten, legte Graf Bonin-Bongare Wert darauf, dem Ministerpräsidenten sein lebhaftestes Bedauern über die peinlichen Zwischenfälle auszusprechen. Boncompagni erklärte dem Postminister, er rechne darauf, daß die italienische Regierung aus jenen Zwischenfällen alle notwendigen Folgerungen ziehe. Der „Temps“ kommentiert diese Havas-Meldung folgendermaßen: Unglücklicherweise sind wir geneigt, festzustellen, daß der Gesandtschaft in Mailen der Postist der Einheit und der italienisch-französischen Entente nicht entspricht. Es ist besonders verhängnisvoll, daß der Erfolg einer verächtlichen Propaganda fast ohne Wirkung bei sozialen Elementen zu tun beginnt, von denen man eine bessere Kenntnis der Wahrheit und gerechteres Denken hätte erwarten können.

Harding legt sich ins Mittel.

Paris, 29. Nov. Havas meldet aus Washington: In einer Rede vor dem Ausschuss für den ferneren Osten erklärte Hughes die Schritte, wonach Briand bezüglich Italien beleidigende Anschuldigungen gegen haben soll, für vollkommen unbegründet. Der französische Vertreter Viviani erklärte ebenfalls die Nachrichten über eine französisch-italienische Meinungsverschiedenheit für unrichtig.

Der Wahnsinnsbeschluss über die Deutschen Werke.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Büch, 29. Nov. Der „Secolo“ meldet aus Paris: Am Postkammerat steht seit Freitag die Schlichtung der Deutschen Werke zur Beratung. Die Besprechungen werden am 4. Dezember fortgesetzt, an welchem Tage General Hollet nach Paris kommt. Vorher von Frankreich liegt auch von Belgien der Antrag vor, aus allgemeinen Sicherheitsgründen es bei den Verhandlungen der Interalliierten Kommission bewenden zu lassen.

Sachsens Industrielle zur neuen Gemeindeverfassung.

Der Vorentwurf des sächsischen Ministeriums des Innern zu einem Gesetz für die Gemeindeordnung und Verfassungsmäßigkeit bringt mit der bestehenden Gemeindeverfassung von Grund aus; sie zu verdrängen, ist sein Zweck und Ziel. Nun ist zwar die sächsische Gemeindeverfassung nach ihrem gegenwärtigen Stande einer gründlichen, organischen Fortbildung in einzelnen Beziehungen fähig und bedürftig. Aber in Zeiten der Not, wie den jetzigen, und nach allen Erfahrungen der letzten Jahre über die Folgen überhöhter Besteuerung darf dabei insbesondere unbedenktlich bleiben, daß, wie der anhaltende Aufschwung der sächsischen Gemeinden seit Jahrzehnten beweist, die bisherige Ordnung der Gemeindeverhältnisse in Sachsen als Ganzes sich in hohem Grade praktisch bewährt hat.

Der Vorentwurf stellt allen anderen Grundgedanken entgegen einer harten Politisierung der Gemeindeverwaltung und Gemeindeverwaltung voran. Auf solcher Grundlage kommt er zu den Vorschlägen der Einführung der Einheitsgemeinde mit sehr weit gestiegener Autonomie, der Einheitsvertretung ohne Unterordnung nach Eigenart und Eigenbedürfnis der Einzelgemeinde und eines unierten Verwaltungsapparats ohne Gewähr ausreichender Vorbildung und ohne den gebührenden Einfluss in seinem Wirkungsbereich. Die Aufsicht über die Gemeinden unter 1000 Einwohnern, die zu Bezirksverbänden zusammengefasst werden, wird vermindert, und die Selbstverwaltung dieser Einzelgemeinden, namentlich der bis hergehörigen mittleren und kleinen Städte und der größeren Landgemeinden mit erweiterten Befugnissen unter 1000 Einwohnern, wird eingesenkt; die Aufsicht über Gemeinden von 1000 Einwohnern und darüber wird zwar von dem im Entwurf vorgesehenen Befugnis des Ministeriums zur Auflösung des Gemeinderats abgetrennt gemindert, aber ebenso wie diejenige für die kleinen Gemeinden politisiert. Hier wie in anderen Stellen geben die Neuerungen des Entwurfs darauf hinaus, das verfassungsmäßige Gemeindeleben politisch, d. h. parteipolitisch zu bestimmen und abhängig zu machen. Die sächsische Industrie und Volkswirtschaft haben ein eigenes Interesse an einem richtig aufzubauen und sachgemäß arbeitenden Gemeindeorganismus, der die ihm im Rahmen der Gemeindevirtschaft zu fallenden Aufgaben auf die zweckmäßigste Weise zu leisten fähig ist. Von diesem Standpunkt aus treten bei einer Neuordnung der Gemeinde- und Bezirksverwaltung für alle Einrichtungen rückwärts ein, die zu ihrem Teile die Selbstständigkeit und Dezentralität, die Unabhängigkeit und Sachlichkeit, die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit in Verfassung und Verwaltung der Gemeinde zu fördern und zu gewährleisten vermögen. In dem Vorentwurf des Ministeriums des Innern sieht der Verband Sächsischer Industrieller diese Erfordernisse in wesentlichen Punkten nicht erfüllt; er hat aber auf diese Erfordernisse um so mehr Gewicht zu legen, als gerade die Verhältnisse in Sachsen, wo in den Gemeinden sich die Parteien vielfach in annähernd gleicher Stärke gegenüberstellen, die Gefahr mit sich bringen, daß nach wechselläufiger Heften die Gemeinde und ihre Entwicklung nicht zur Reife kommen lassen, und als mithin das Bedürfnis für einen sachlich arbeitenden Vertretung und Verwaltung der Gemeinde und für ein funktionierendes Ratssystem in besonderer Weise besteht. Wenn er nun den Entwurf als Ganzes nach Anlage und Richtung nicht für eine geeignete Grundlage einer — überdies in den gegenwärtigen Ausnahmeverhältnissen am besten noch anzuschließenden — Neuordnung annehmen vermag, so erklärt er doch, unbeschadet der grundsätzlichen Auffassung, sich zu Einzelheiten des Vorentwurfs äußern zu können.

- In dieser Beziehung wendet der Verband Sächsischer Industrieller sich dafür aus:
1. die Mitgliedschaft in der Gemeinde, zum wenigsten aber die Wahlbarkeit für die Gemeindevertretung, nicht von der bloßen Wohnungsannahme, sondern von der Erfüllung eines einjährigen Aufenthaltes abhängig zu machen (§ 2);
 2. die Rechte und Pflichten der Gemeinden und Bezirksverbände nicht mit einer allgemeinen Formel einführungslos zu umschreiben, sondern diese Rechte und Pflichten, Befugnisse und Aufgaben im Wesen genau festzulegen und zu umgrenzen;
 3. nicht eine einzige Verfassungsform für alle Gemeinden, die größten wie die kleinsten, die Städte wie die Landgemeinden, einzuführen, vielmehr den tatsächlichen Unterschieden in der Eigenart der verschiedenen Gemeinden Rechnung zu tragen und darum den Gemeinden Raum zu geben, nach ihrem eigenen Bedürfnis- und Leistungsvermögen und auf Grund ihrer Erfahrung die örtliche Gemeindeverfassung auszugestalten und anzupassen;
 4. den Gemeinden zu ermöglichen, ihre jetzige Verfassungsform beizubehalten oder in einer anderen gesetzlich angelegenen überzugehen, so von der jetzigen fortzubehaltenen Magistratsverfassung zu der Bürgermeisterverfassung nach theilweisem Vorbild;
 5. die Bürgermeister und befohlerten Rats- bzw. Gemeinderatsmitglieder erstmalig auf die Dauer von sechs Jahren, danach aber, sofern eine Wiederwahl nicht abgelehnt wird, auf Lebenszeit zu wählen, die Verhältniswahl bei gleichzeitiger Wahl mehrerer befohlener Rats- bzw. Gemeinderatsmitglieder nicht auszulassen und eine Neuwahl der amtierenden Bürgermeister drei Monate nach dem Zusammentritt des Gemeinderats nach allgemeinen Wahlen nicht anzunehmen;
 6. für den Bürgermeister und die befohlerten Rats- bzw. Gemeinderatsmitglieder ausreichende Vor- und Nach-